



### Presseschau vom 03.11.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Ukraine übt sich im Raketenschießen an der Grenze zur Krim**

Die ukrainischen Luftstreitkräfte haben an der Grenze zur Krim Schießübungen mit Fla-Raketen durchgeführt. Das berichtet der Pressedienst der Luftwaffe der ukrainischen Streitkräfte am Donnerstag auf seiner Facebook-Seite.

„Im Rahmen der Tests führen die Gefechtsbesatzungen praktische Aufgaben zum Abfeuern (darunter zum simulierten Starten) von gelenkten Fla-Raketen gegen unbemannte Fluggeräte vom Typ WR-3‘Reis‘ aus“, heißt es in der Pressemitteilung.

Es wird unterstrichen, dass die Schießübungen „nur im Luftraum der Ukraine, auf hoher See und unter strikter Einhaltung aller Völkerrechtsnormen erfolgen“.

Wie der ukrainische Verteidigungsminister Stepan Poltorak im Januar erklärt hatte, wird Kiew Raketenschießen nahe der Krim trainieren – zu den Zeitpunkten, die es für bequem erachten werde. Er bezeichnete die Anfang Dezember 2016 durchgeführten Schießübungen als „sehr erfolgreich“.

Die Ukraine hatte Ende November 2016 einige Luftgebiete über dem Schwarzen Meer westlich der Krim zu einer Raketenstartzone erklärt. Moskau protestierte dagegen. Kiew antwortete darauf, dass die Schießübungen „nur im Luftraum der Ukraine“ im Einklang mit den Völkerrechtsnormen durchgeführt würden.



[https://scontent.flux1-1.fna.fbcdn.net/v/t1.0-9/23032813\\_2045251762419560\\_6666276468016272825\\_n.jpg?oh=c9273caf5d01863a3429224efcf6f8f7&oe=5A68C1AD](https://scontent.flux1-1.fna.fbcdn.net/v/t1.0-9/23032813_2045251762419560_6666276468016272825_n.jpg?oh=c9273caf5d01863a3429224efcf6f8f7&oe=5A68C1AD)

### **vormittags:**

ukrinform.ua: USA fordern Russland auf, Repressionen auf der Krim zu stoppen  
Die USA fordern Russland auf, politisch motivierte Verfolgungen und Repressionen auf der besetzten ukrainischen Krim sofort zu stoppen und politische Gefangenen freizulassen, erklärte am Donnerstag in der Sitzung des Ständigen Rates der OSZE der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten bei der Organisation, Harry Kamian, berichtet der Ukonform-Korrespondent aus den USA.

„Die Vereinigten Staaten fordern Russland erneut auf, die Repressionen auf der besetzten Krim zu stoppen und der Ukraine die Kontrolle über die Halbinsel zurückzugeben“, betonte der Vertreter der Vereinigten Staaten.

Er begrüßte auch die Freilassung von Achtem Tschijgos und Ilmi Umerow.

„Wir fordern die Russische Föderation erneut auf, die aktuelle Kampagne von politisch motivierten Gerichtsklagen gegen den Medschlis zu stoppen und Dutzende von ukrainischen politischen Gefangenen, die gefangen gehalten werden, freizulassen“, erklärte der amerikanische Diplomat.

Kamian hob hervor, dass die Vereinigten Staaten voll und ganz die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine in ihren international anerkannten Grenzen unterstützen und die Annexion der Krim nicht anerkennen.

„Die Krim-Sanktionen gegen Russland werden in Kraft bleiben, bis die Russische Föderation der Ukraine die volle Kontrolle über die Halbinsel übergibt“, sagte Harry Kamian.

de.sputniknews.com: Giftgasattacke in Syrien: Russland unterbreitet der Uno neue Vorschläge  
Russland hat dem UN-Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf zur Verlängerung des Mandats der Untersuchungsmission für Giftgas-Angriffe in Syrien vorgelegt. Moskau schlägt laut dem Dokument die Entsendung von Experten nach Chan Scheihun vor.

Wie eine diplomatische Quelle der Agentur RIA Novosti mitteilte, sollen diese Experten eine „umfassende Ermittlung unter Einsatz aller möglichen Methoden“ durchführen. Eine weitere Expertengruppe soll den Flugplatz Schairat untersuchen und Proben sammeln, um die Behauptungen zu prüfen, laut denen das am 4. April in Chan Scheihun eingesetzte Giftgas Sarin auf dem Luftwaffenstützpunkt gelagert worden sei.

Zudem sollen Mitglieder des gemeinsamen Mechanismus der Uno und der OPCW „Joint Investigation Mechanism“ (JIM) zusätzliche Informationen und Beweise, die von der Fact Finding Mission nicht erlangt worden seien, sammeln und untersuchen.

Ein weiterer Resolutionsentwurf wurde von der US-Delegation erarbeitet. Das Dokument sieht eine Verlängerung des Mandats der Untersuchungsmission um weitere zwei Jahre vor. Keine der Konfliktparteien in Syrien darf Chemiewaffen einsetzen, entwickeln, herstellen, erwerben oder lagern, heißt es in dem Dokument.

Zuvor hatte Russland ein Veto gegen eine von den USA gewollte Terminverlängerung für die UN-Giftgasuntersuchung in Syrien eingelegt. Das Mandat von JIM läuft am 17. November ab. Moskau begründete dies damit, dass zuerst ein Bericht zu der Giftgasattacke vom 4. April vorgelegt werden müsse, ehe das Mandat verlängert werden könne.

Am 4. April 2017 waren in der syrischen Stadt Chan Scheihun bei einem Giftgasangriff mehr als 80 Menschen ums Leben gekommen. US-Präsident Donald Trump ordnete daraufhin als Vergeltung einen Raketenangriff auf den syrischen Flugplatz Schairat an. Die syrische Regierung streitet jegliche Vorwürfe wegen des angeblichen Giftgasangriffs ab.

**Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **achtmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Sokolniki, Wesjologorowka, Prischib, Snamenka und Logwinowo.****

**Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.**

de.sputniknews.com: **Will der ukrainische Botschafter in Serbien Belgrad und Moskau entzweien?**

In der Tätigkeit des Botschafters der Ukraine, Alexander Alexandrowitsch, sind vergebliche Versuche zu beobachten, die Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau zu stören. Dies ist einer Mitteilung des Staatssekretärs des Außenministeriums Serbiens, Ivica Tončev, zu entnehmen, die auf der Website der Behörde veröffentlicht ist.

Tončev erinnerte der Mitteilung zufolge an eine Reihe skandalöser Interviews Alexandrowitschs, in denen jener erklärte, Serbien betreibe keine eigenständige Außenpolitik, es sei ein Werkzeug in den Händen Russlands, mit dessen Hilfe es den Balkan destabilisiere und „Europa zerstört“.

Der Vertreter des Außenministeriums hob hervor, dass Alexandrowitsch ohne jegliche Begründung den Serben Versuche vorwerfe, die Situation in Mazedonien zu destabilisieren, einen Staatsstreich in Montenegro herbeizuführen und den Separatismus in Bosnien und Herzegowina zu unterstützen.

„Nur gut, dass das Interview nicht lang gewesen ist, denn sonst hätte man Serbien wahrscheinlich beschuldigt, in Zusammenarbeit mit Moskau den Zweiten Weltkrieg provoziert zu haben“, erklärte Tončev.

Im Zusammenhang mit Alexandrowitschs Erklärungen, dass serbische Freiwillige am bewaffneten Konflikt im Osten der Ukraine teilnehmen würden, erinnerte er an jene Ukrainer,

die an den Kriegen auf dem ehemaligen Territorium Jugoslawiens teilgenommen hatten. Die Tatsache, dass Serbien eine konsequente Außenpolitik betreibt, die ernsthafte Ergebnisse bringe, würde einzelne Botschafter laut Tončev zu einem äußerst undiplomatischen Verhalten gegenüber dem Land drängen, das ihnen Gastfreundschaft gewähre.

„Bedenkt man die mehrmaligen Ermahnungen des Außenministeriums Serbiens an den Botschafter der Ukraine, seine Energie auf die Erfüllung jener Aufgaben zu lenken, die in der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen dargelegt sind, so würde ich sein Ministerium und die Regierung der Ukraine bitten, ihn auf die Unzulässigkeit eines solchen weiteren Verhaltens hinzuweisen“, schloss der ranghohe Vertreter der serbischen Behörde

[ukrinform.ua: Duda plant Besuch in der Ukraine im Dezember](#)

Polens Staatspräsident Andrzej Duda plane, die Ukraine im Dezember zu besuchen, erklärte der Minister der Kanzlei des polnischen Präsidenten, Krzysztof Szczerski, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus Polen.

„Der Besuch in Charkiw steht im Plankalender des Präsidenten für Dezember dieses Jahres“, sagte Szczerski.

Er stellte fest, es werde ein Arbeitsbesuch zwecks der Durchführung von Verhandlungen mit der Führung der Ukraine und den OSZE-Vertretern im Kontext der Beteiligung Polens als nicht-ständiges Mitglied 2018-2019 an den Sitzungen des UN-Sicherheitsrats sein. Diese Frage liege in geopolitischen Interessen Polens.

Gleichzeitig räumte er ein, dass die polnisch-ukrainischen Beziehungen sich nicht ausschließlich auf Sicherheitsfragen beschränken

[armiyadnr.su: Operative Information über die Lage](#)

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feuereinstellung **33 Mal** verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **17 Ortschaften der Republik** mit Artillerie des Kalibers 122mm, Panzern, Mörsern verschiedenen Kalibers, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

[de.sputniknews.com: USA schlagen illegales Lager für Kämpfer in Syrien auf: Flüchtlinge bedroht – Moskau](#)

Die USA haben Augenzeugenberichten zufolge ein Lager nahe des syrischen al-Rukhban an der Grenze zum Irak eingerichtet, wo sich Kämpfer sammeln. Dies gab das russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien am Freitag bekannt.

Die sich in diesem Gebiet aufhaltenden syrischen Flüchtlinge bekommen demnach keine humanitäre Hilfe und können nicht medizinisch versorgt werden, was eine eindeutige Verletzung des internationalen humanitären Rechts sei und gar als ein Kriegsverbrechen qualifiziert werden könne.

„Syrien zufolge schlugen US-Militärberater vor Kurzem unweit von al-Khuban ein neues Lager auf, wo sich Kämpfer von Dschihadistentruppen aus Ost-Kalamun, al-Qaryatain und der Syrischen Wüste zusammenziehen“, heißt es in der Mitteilung des russischen Versöhnungszentrums.

US-Berater bilden aus diesen Kämpfern, wie in der Mitteilung weiter betont wird, eine erneute „gemäßigte Opposition“, eine sogenannte „Nationale Syrische Armee“, dessen Kern „Dscheisch Aswad asch-Scharkia“ („Ost-Löwen“), „Quwat Schahid Ahmad Abdu“ sowie die Schahid-Brigade „al-Qaryatain“ bilden sollen.

Dabei bestimmen US-Berater den Sold für Kämpfer aus jeder Gruppierung mittels direkter Verhandlungen mit dem jeweiligen Feldkommandeur. Infolgedessen könne sich die Entlohnung der Kämpfer unterschiedlicher Trupps selbst innerhalb einer Gruppierung sehr

unterscheiden. „Aus diesem Grund war es am 29. Oktober nahe dem Flüchtlingslager al-Rukhban zu einer ernsthaften Auseinandersetzung zwischen den Kämpfern der Gruppierungen ‚Schahid-Brigade‘, ‚al-Qaryatain‘ und ‚Ost-Löwen‘ gekommen“, verlautete aus dem Versöhnungszentrum weiter.

Nach dessen Angaben kamen dabei 13 syrische Flüchtlinge ums Leben, 20 weitere sollen Verletzungen erlitten haben, darunter Kinder. Dabei seien sie medizinisch gar nicht versorgt worden. „Alle Verletzten sind somit faktisch dem Untergang geweiht“, betonten Vertreter des russischen Versöhnungszentrums.

„Derartige Handlungen von US-Militärs und der so genannten internationalen Koalition sind eine größtenteils Verletzung des internationalen humanitären Rechts und können als Kriegsverbrechen qualifiziert werden“, so das Zentrum

de.sputniknews.com: Russland garantiert „würdiges Leben“ für eine Million ukrainische Flüchtlinge

Russland gewährleistet für knapp eine Million ukrainische Flüchtlinge, die aus der Konfliktzone in der Ostukraine geflohen sind, auf seinem Territorium würdige Lebensbedingungen. Darüber sprach der stellvertretende UN-Vertreter Russlands, Jewgeni Sagajnow, bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates.

„Zurzeit befinden sich auf dem russischen Territorium mehr als eine Million Ukrainer, die aus der Konfliktzone geflohen sind. Wir garantieren würdige Lebensbedingungen für sie“, so der Sagajnow.

Moskau bemühe sich darum, einen Beitrag zur internationalen Hilfe für Flüchtlinge zu leisten, indem es ein Spender der Verwaltung des Hohen Kommissars der Uno für Flüchtlingsangelegenheiten sei und indem Russland zahlreiche Flüchtlinge und Vertriebene aufnehme. Moskau biete zudem beträchtliche Mengen an humanitärer Hilfe über bilaterale und multilaterale Kanäle an, betonte der UN-Vertreter weiter.

Die ukrainische Delegation erhob bei der Sitzung erwartungsgemäß Vorwürfe gegen Moskau und gab Russland die Schuld an der Flüchtlingskrise in der Ukraine. Der russische Vertreter wies seinerseits darauf hin, dass es die Mehrheit der vertriebenen Personen und Arbeitsmigranten aus der Ukraine nach Russland ziehe.

„Das heißt, dass diese Millionen ukrainischen Bürger trotz Kiew wildwütender antirussischer Propaganda gerade Russland als Möglichkeit sehen, sich vor dem Krieg zu schützen oder ihre sozial-wirtschaftlichen Probleme zu lösen.“ Das sei nämlich der Preis für die „Mantras über die russische Aggression“, die leider auch heute zu hören seien



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30681/49/306814988.jpg>

de.sputniknews.com: **Wien verweigert Journalisten aus der Krim Visa** – Moskau empört  
Russland ist laut der ständigen OSZE-Vertretung des Landes wegen der Weigerung der österreichischen Regierung, Einreisevisa für Journalisten aus der Halbinsel Krim auszustellen, äußerst empört. Diese wollten an der OSZE-Sitzung zum Thema der Pressefreiheit teilnehmen.

„Wir sind über die Entscheidung Österreichs empört, keine Visa für Journalisten aus der Krim zu erteilen, die für die OSZE-Sitzung akkreditiert waren und daran teilnehmen wollten“, heißt es im Twitter-Account der russischen OSZE-Vertretung.

Am 2. November war bekannt geworden, dass Wien bereits akkreditierten Journalisten aus der Halbinsel Krim die Einreisevisa verweigert hatte. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, betonte in diesem Zusammenhang am Donnerstag, dass diese Situation nichts anderes als eine Blockade der Krim darstelle

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 33.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Haubitzen des Kalibers 122mm – 2 mal (5 Geschosse); Mörser des Kalibers 120mm – 11 mal (118 Geschosse), 82mm – 17 mal (84 Geschosse); Panzer – 1 mal (2 Schüsse); Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen – 2 mal (140 Schüsse); Handgranatwerfer – 64 Granaten; automatische Granatwerfer – 10 mal (810 Granaten); großkalibrige Schusswaffen – 25 mal; leichte Schusswaffen – 24 mal.

Richtung Mariupol: Mörser des Kalibers 82mm – 1 mal (6 Geschosse); Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen – 1 mal (25 Geschosse); Handgranatwerfer – 7 Granaten; automatische Granatwerfer – 1 mal (29 Granaten); großkalibrige Schusswaffen – 1 mal; Scharfschützenwaffen – 1 mal; leichte Schusswaffen – 3 mal.

Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften verwendeten Geschosse – 1341  
In den vorangehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 1013.

de.sputniknews.com: **Letland will sowjetische und nazistische Kriegsveteranen gleichsetzen**

Der Sejm Lettlands (das Parlament) hat in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf befürwortet, laut dem Kriegsveteranen, die auf beiden Seiten der Front gekämpft haben, der Status eines Teilnehmers des Zweiten Weltkrieges zuerkannt werden soll. Dies wurde im Präsidium des Parlaments der Presse mitgeteilt.

In der Annotation zum besagten Gesetzentwurf heißt es, Ziel dieses Schrittes sei es, die Verdienste der Bürger Lettlands anzuerkennen, die an dem Konflikt teilgenommen haben, unabhängig davon, gegen wen sie gekämpft haben: gegen Nazi-Deutschland und dessen Bündnispartner oder gegen die UdSSR.

„Als Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges sollen jene Einwohner anerkannt werden, die mit dem Stand vom 17. Juni 1940 Bürger Lettlands gewesen oder legal in die Republik gekommen sind, um hier ihren ständigen Wohnsitz zu nehmen“, hieß es im Präsidium des lettischen Parlaments



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31568/94/315689450.jpg>

de.sputniknews.com: Trump nennt „Russland-Dossier“ eine Schande

Die Ermittlungen zu Russlands angeblicher Einmischung in die Präsidentschaftswahlen der Vereinigten Staaten hat US-Präsident Donald Trump als „Schande“ bezeichnet.

„Das Dossier, das total gefälscht und ausgedacht ist, es ist wie ein Roman ... (Das Dossier) ist eine Schande und darf nicht benutzt werden“, sagte Trump in einem Interview für den Fernsehsender Fox News. „Und dann höre ich, wieviel Geld sie (die Demokraten – Anm. d. Red.) dafür ausgegeben haben. Ich glaube, es ist eine Schande, das so etwas stattfinden kann.“ Trump erwähnte in dem Interview zudem den Bericht der „The Washington Post“ vom Ende Oktober. Laut der Zeitung hat das Wahlkampfteam der gescheiterten Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton und das Nationale Komitee der Demokratischen Partei das Dossier gegen Trump mitfinanziert. Die Kosten beliefen sich dabei auf mehrere Millionen US-Dollar.

Lug-info.com: Die Künstler, die das Denkmal für die Verteidiger der Republik „Sie verteidigten die Heimat“ geschaffen haben, haben dessen Reparatur nach dem Terrorakt im

August 2017 abgeschlossen.

„Die Arbeiten zum Wiederaufbau des Denkmals haben die Künstler übernommen, die es geschaffen haben. Der Wiederaufbau geschah vor Ort, ein Teil des Denkmals – die Figur eines Milizangehörigen – wurde in der Werkstatt der Künstlerunion restauriert“, teilte das Kulturministerium der LVR mit.

Am 4. November, im Rahmen der Feiern zum Tag der Volkseinheit werden feierlich Blumen an dem Denkmal niedergelegt werden.

de.sputniknews.com: **Ukrainische Nationalisten ahnen eigenen Tod**

Alle ukrainischen Nationalisten werden bald getötet. Diese Meinung äußerte der Chef des Pressedienstes der rechtsextremen Gruppierung „Prawyj Sektor“ (Rechter Sektor), Artjom Skoropadski.

Skoropadski bezog sich damit auf einen ukrainischen Zeitungsartikel über Nationalisten, der vor kurzem erschienen ist. „Maria Berlinskaja hat in einem Artikel geschrieben, dass wir alle getötet werden. Und das stimmt auch“, schrieb er auf seiner Facebook-Seite.

Ein solches Schicksal scheint ihm jedoch keine Angst zu machen. Den Platz der Getöteten werden „neue Tausende Patrioten“ einnehmen, ist Skoropadski überzeugt.

„Über uns wird schon in den Geschichtslehrbüchern geschrieben, und für uns werden Denkmäler errichtet“, behauptet der Pressedienst-Chef weiter.

Prawyj Sektor ist eine rechtsextreme ukrainische politische Organisation, die paramilitärisch sowie als politische Partei auftritt. Prawyj Sektor spielte eine entscheidende Rolle bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei im Zuge des Euromaidans.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31000/33/310003323.jpg>

ukrinform.ua: In Sjewjerodonezk Abgeordnete des Stadtrates ermordet

In Sjewjerodonezk (Stadt im Norden des Gebiets Luhansk) sei der Berater des Bürgermeisters und Abgeordnete des Stadtrats von der Partei „Block von Petro Poroschenko“, Serhij Samarski, ermordet worden, teilte der Vorsitzende der Bezirksstaatsverwaltung in Luhank, Jurij Garbus, mit.

„... Jetzt werden die Untersuchungshandlungen durchgeführt“, schrieb er auf Facebook.

Wie dem Ukrinform-Korrespondenten eine Quelle in der Hauptverwaltung der Polizei im Gebiet Luhansk mitgeteilt hat, war die Leiche von Samarski nicht weit von seinem Zuhause aufgefunden worden.

de.sputniknews.com: Ukrainische Fallschirmjäger wollen sich nicht dekomunizieren lassen Die Ankündigung der ukrainischen Armeeführung, das traditionelle blaue Barett der Luftlandtruppen durch ein rotes zu ersetzen, ist bei vielen Fallschirmjägern auf Ablehnung gestoßen, berichtet die Zeitung Strana.ua.

Seine Entscheidung erklärte das Kommando damit, dass nur in Russland und einigen anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion Fallschirmjäger das blaue Barett tragen würden. In den USA und weiteren 59 Staaten hingegen sei die rote Farbe der Kopfbekleidung üblich.

„Das Kommando hätte sich lieber um Ausbildung und Versorgung kümmern sollen. Denn die Kasernen sind ohne Heizung, die Fenster haben Ritzen, die Dächer sind undicht“, kommentierte ein Fallschirmjäger im Gespräch mit Strana.ua.

„Dass das blaue Barett von den Luftlandtruppen der Sowjetunion herrührt, ist ja noch kein Grund, die Tradition und das Symbol der Truppe zu dekomunizieren“, sagte ein weiterer Kamerad.

„Für die echten Fallschirmjäger ist der Farbwechsel des Barettts richtig hart“, empörte sich Leutnant Juri. „Uns hat niemand gefragt. Mir ist egal, ob die russischen Fallschirmjäger blaue Barettts tragen.“ Er selbst werde sein blaues Barett nicht wegwerfen, denn es sei ein Symbol. „Mir ist schnuppe, welche Farbe die Kappen der Amis, der Briten oder der Russen haben.“ Dem Zeitsoldaten Anton W. ist der Farbwechsel egal. „Die Farbe des Barettts schützt den Kopf ja nicht vor der Kugel“, sagte er. Hauptsache, den Schutzhelm und die Panzerweste nicht vergessen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31814/93/318149381.jpg>

**nachmittags:**

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In der letzten Woche wurden in den Verbänden und Truppenteilen der Streitkräfte der DVR Kommandostabsübungen, komplexe taktische und taktische Feuerübungen in den Einheiten durchgeführt.

Insgesamt wurden **in den letzten 24 Stunden 33 Verletzungen** des Regimes der Feueinstellung von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus bemerkt.

**In Richtung Donezk** hat der Gegner Artillerie, Mörser, Panzer, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **13 Ortschaften** wurden fünf Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm, zwei Panzergeschosse, 208 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

**In Richtung Mariupol** wurden auf die Gebiete von **vier Ortschaften** sechs Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, außerdem wurden Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 272 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt und 1743 Artillerie-, Panzer- und Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **22 Ortschaften der Republik** beschossen.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **starb ein ziviler Einwohner**. Zwei Häuser in Sachanka und in Trudowskije wurden beschädigt, außerdem wurde die Verglasung einer Schule in Alexandrowka beschädigt.

Bei der Verteidigung der Republik **starben zwei Soldaten der Volksmiliz** der DVR.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie, was von Vertretern der OSZE-Mission festgehalten wurde. In einzelnen:

4 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;

31 152mm-Haubitzen „Msta-B“;

8 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“;

8 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“;

6 122mm-Haubitzen „D-30“;

19 120mm-Mörser;

37 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“;

33 Panzer T-72;

37 Panzer T-64;

12 Abwehrraketengeschütze „Osa“, „Strela-10“; „Tunguska“.

Es ist weniger als eine Woche vergangen, seit die Einheiten der 25. Luftlandebrigade auf den Positionen der 72. mechanisierten Brigade zu deren Ablösung eingetroffen sind, aber sie haben sich schon als eine Horde von Banditen einen Namen gemacht.

Nach Informationen, die wir von Soldaten der 25. Luftlandebrigade erhalten haben, haben die Einheiten der 72. mechanisierten Brigade, als sie von der Front abzogen, manchmal zufällig, aber an bestimmten Abschnitten auch absichtlich die Schützengräben und technischen Aufbauten in einen solchen Zustand versetzt, dass die ukrainischen Pseudoluftlandesoldaten sich einfach weigern, auf ihnen Aufgaben zu erfüllen.

Die von ihnen aber, die stärker motiviert sind, entschließen sich zum Wiederaufbau, aber nicht selbst, sondern unter **Nutzung von Sklavenkräften**. Dazu übernehmen sie die Erfahrung aus dem Frühjahr von den Nationalgardisten und nehmen kräftige Männer von den örtlichen Einwohnern angeblich unter dem Verdacht von Spionageaktivitäten fest. Derzeit graben mehr als 20 „festgenommene“ örtliche Einwohnern aus den nahe gelegenen Ortschaften Schützengräben und Unterstände für die 25. Luftlandebrigade.

Außerdem werden in Absprache mit den örtlichen Rechtsschutzorganen ein Teil der wegen kleinerer Rechtsverletzungen inhaftierten Bürger sowie solche, die administrative Haftstrafen abbüßen, auch zum Ausbau der Positionen herangezogen.

Dabei toleriert nach Informationen unserer Aufklärung der Kommandeur der 25.

Luftlandebrigade Oberst Sentschenko nicht nur solche Aktivitäten, sondern fordert von den übrigen, diese Erfahrungen zu übernehmen.

Lassen Sie uns überlegen: sind diese Menschen, die ihr Gewissen mit Nationalismus, Genozid

an friedlichen Bürger und der Nutzung von Sklavenarbeit befleckt haben, würdig, die blaue Kappe zu tragen? Ich denke nein... Die gleiche Meinung hat wohl auch die militärische Führung der Ukraine, die die blauen Kappen gegen Kappen in der Farbe getrockneten Bluts austauscht... wohl auch in dem Ton der verfaulten Seelen der sogenannten „Elite“ der ukrainischen Streitkräfte.

Außerdem **verschärfen sich** entlang der gesamten Kontaktlinie die **Beziehungen zwischen Soldaten der Nationalgarde der Ukraine, der ukrainischen Streitkräfte und den Kämpfern der Freiwilligenbataillone.**

Bei letzteren entstehen derzeit ständig Probleme, die die Organisation der Zusammenarbeit mit den regulären Truppen betreffen. Nach einigen Angaben haben die letzteren begonnen, Anweisungen aus den übergeordneten Stäben zu erhalten, die von der Absicht der Staates sprechen, die Teilnahme der **Freiwilligenbataillone** am Konflikt mit letzteren zu beenden und sie **aufzulösen und zu entwaffnen.**

So wird in einer Direktive des Stabs der „ATO“ an die Verbände und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte vorgeschrieben, die Ausgabe von Munition und Material an die Freiwilligeneinheiten maximal einzuschränken, da die Verbände und Truppenteile selbst sehr gering ausgestattet sind.

Folgerichtig kann man bestimmte Schlüsse ziehen:

- a) alle vorhergehenden Erklärungen über die Versorgung der nationalistischen Bataillone auf Kosten der Freiwilligenbewegungen und Spenden sind absolut falsch;
- b) die militärisch-politische Führung hat die Absicht (in erster Linie sich selbst) gegen durch sie nicht kontrollierte militärische Formationen zu schützen.

Dabei rächen sich die nationalistischen Bataillone, die von diesen Anweisungen wissen, an ihren „Kollegen“, indem sie ihre Positionen mit der übriggebliebenen Munition beschießen. Wie unserer Aufklärung bekannt wurde, wird derzeit bei den Ermittlungen der Militärstaatsanwaltschaft bezüglich des Todes des georgischen Söldners G. Saralidse beim Versuch, unsere Positionen zu durchbrechen, die Version in Betracht gezogen, dass die Gruppe von den Positionen auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium aus beschossen wurde, die vom Bataillon „Donbass“ eingenommen werden.

Außerdem ist nach einer weiteren Version der Ermittlung der Tod des Soldaten dieses Bataillons S. Sirotenko zur gleichen Zeit auf den eigenen Positionen das Ergebnis einer Erwidern des Feuers der Gruppe, die unter Beschuss der Nationalisten geriet.

Das Beschießen von Positionen der ukrainischen Streitkräfte ist nicht das einzige Mittel der nationalistischen Bataillone, sich in Erinnerung zu bringen.

So ist an der **Eröffnung des Feuers** auf Positionen in der Nähe von Besymennoje sowie **auf Ortschaften und den Beobachtungspunkt des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination** das nationalistische Bataillon „Aratta“ unter Kommando von A.

Tscherwenj beteiligt. Dabei gehörten Mörser- und Artilleriegeschütze sowie die Munition, mit denen die Schläge durchgeführt wurden, den Artillerieeinheiten der 59.

Panzergranadierbrigade.

Warum die Artilleristen der 59. Panzergranadierbrigade ihnen anvertraute Waffen und Munition merkwürdigen bewaffneten Personen zur Beschießung von friedlichen Einwohnern unserer Republik übergeben haben, ist bislang nicht bekannt. Aber in nächster Zeit werden wir dies aufklären und die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorstellen.

Außerdem werden derzeit von der Militärstaatsanwaltschaft Ermittlungsmaßnahmen zu einem angeblichen Selbstmord des Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade, dem Matrosen im Vertragsdienst W. E. Belizkij durchgeführt.

Nach der Version der Ermittlung war dieser Soldat drogenabhängig und beschaffte sich stark wirkende Stoffe bei Mitgliedern des nationalistischen Bataillons „Aratta“. Aber angesichts der nicht rechtzeitigen Auszahlung des Solds in seinem Truppenteil schuldete er seinen Lieferanten eine große Summe und diese erwürgten ihr Opfer beim Versuch, die Schulden von

ihm einzutreiben. Und dieser Fall von Mord wurde als Selbstmord ausgegeben. Außerdem wurde nach Informationen von örtlichen Einwohnern von Mariupol seit Beginn der Kämpfe bis heute der gesamte **Drogenmarkt** in der Stadt von den Nationalisten aus den Freiwilligenbataillonen übernommen. Auf diese Weise ist derzeit eine organisierte kriminelle Gruppe aktiv, die wie ein Panzergrenadierbataillon ausgerüstet ist, mit Drogen handelt, die örtliche Bevölkerung terrorisiert, um der Regierung gegenüber nicht loyale Personen zu entdecken, die dann als Geiseln genommen werden, um sie im weiteren von Verwandten freikaufen zu lassen.

de.sputniknews.com: Moskau bestellt österreichischen Geschäftsträger ad interim ein Russlands Außenministerium hat laut Minister Sergej Lawrow den interimistischen Geschäftsträger der Botschaft Österreichs in Moskau wegen der Verweigerung von Visa für Journalisten aus der Halbinsel Krim einbestellt.

Obwohl die betroffenen Journalisten als Teilnehmer der OSZE-Sitzung „Die Rolle von freien Medien in einem umfassenden Zugang zu Sicherheit“ bereits gemäß allen Regeln registriert und akkreditiert worden seien, so Lawrow weiter, hätten sie keine österreichischen Einreisevisa bekommen.

„Gestern haben wir den Geschäftsträger ad interim der Botschaft Österreichs ins Außenministerium einbestellt und die entsprechende Vorstellung gemacht“, sagte der russische Außenminister bei einer Pressekonferenz in Moskau.

Er äußerte die Hoffnung, dass alle Länder, die Gastgeber dieser oder jener OSZE-Veranstaltungen seien, derartige Schritte in Zukunft nicht mehr zulassen würden.

Aus Moskaus Sicht sei die Verweigerung von Visa ein Fehler, denn dadurch seien die Teilnehmer der OSZE-Sitzung in Wien der Möglichkeit beraubt worden, „die Wahrheit über die reale Situation auf der Halbinsel“ zu erfahren. „Das ist eine inakzeptable Situation, wenn in der Republik Krim und Sewastopol lebende Journalisten einer Diskriminierung und kollektiven Strafe für ihre Wahl unterworfen werden, die sie ganz bewusst 2014 getroffen haben“, betonte Lawrow abschließend.

Dan-news.info: „Am Morgen ist die **Donezker Filterstation unter Beschuss** geraten. Es wurden Treffer auf dem Territorium des Objekte festgestellt, das Filtergebäude wurde beschädigt“, teilte das kommunale Unternehmen „Woda Donbassa“ mit. Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Verletzten. Die Station funktioniert weiter.

de.sputniknews.com: „Sich dem Druck der USA nicht beugen“: Lawrow appelliert an soziale Netzwerke

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat sich empört über den Druck auf soziale Netzwerke seitens der US-Regierung geäußert. Er rief die Netzwerke dazu auf, den journalistischen Idealen treu zu bleiben.

„Ich hoffe, dass Vertreter von digitalen Medien und sozialen Netzwerken den Idealen des Journalismus treu bleiben und ihr Bestes tun, um die Wahrheit zu schreiben und sich dem absolut empörenden Druck und der direkten Einmischung in ihre Tätigkeit nicht zu beugen“, sagte Lawrow bei einer Pressekonferenz in Moskau. Dieser Druck werde vom US-Kongress ausgeübt, der immer wieder neue, durch nichts untermauerte Vorwürfe erhebe und Forderungen stelle.

Zuvor hatte das soziale Netzwerk Twitter beschlossen, die Werbung von RT und Sputnik auf seiner Plattform zu verbieten. Die Entscheidung begründete das Unternehmen mit den anhaltenden Ermittlungen zu der angeblichen „russischen Einmischung“ in die Präsidentschaftswahlen 2016.

Später stellte sich jedoch heraus, dass Twitter dem Fernsehsender während des US-

Wahlkampf selbst Werbung angeboten hatte. RT hatte das Angebot abgelehnt. Gegenüber der Sonderuntersuchungskommission verschwieg Twitter diese Informationen

de.sputniknews.com: 100. Jahrestag der Revolution: Männer mit Molotow-Cocktails in Moskau gestellt

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat nach eigenen Angaben eine Extremistenzelle ausgehoben, die zum 100. Jahrestag der Russischen Revolution am kommenden Wochenende zahlreiche Gewaltaktionen in Moskau geplant haben soll.

Mehrere Verdächtige seien festgenommen worden, teilte der FSB am Freitag mit. Bei ihnen handle es sich um Mitglieder der verbotenen Extremistenorganisation Artpodgotowka des flüchtigen Oppositionsaktivisten Wjatscheslaw Malzew.

Die Verdächtigen sollen am 4. und 5. November massenweise Brandstiftungen und Angriffe auf Polizisten geplant haben, um Aufsehen zu erregen und Massenunruhen zu provozieren.

Bei ihnen seien 15 einsatzbereite Molotow-Cocktails sichergestellt worden.

Malzew war im Juli ins Ausland geflohen, nachdem gegen ihn eine Ermittlung wegen Extremismus eingeleitet worden war. Der FSB beschuldigt ihn, eine „Revolution“ in Russland organisieren zu wollen.

Dnr-online.ru: In Donezk fand eine erweiterte Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR statt. Daran nahmen Vertreter der Verwaltung von Städten und Bezirken sowie von Ministerien und Behörden der Republik teil.

Der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez leitete die Sitzung.

„Derzeit funktionieren alle Heizwerke. Die Objekte des sozialen Bereichs werden zu 100% beheizt. Die Heizungssysteme in 99,9% der Wohnhäuser funktionieren. Die hauptsächlichsten Störungen, die es gab, erfolgten aufgrund kurzfristiger Abschaltung des Stroms und wegen Lecks in den Heizleitungen in den internen Heizungssystemen“, teilte der Minister mit.

Im Verlauf der Sitzung sprachen die Vertreter der Stadt- und Bezirksverwaltung, es wurden eine Reihe problematischer Fragen behandelt. „Auf Grundlage der vorgestellten Daten wurden den Leitern der Verwaltungen und Behörden die Anweisung gegeben, die effektive Arbeit der Störungsdienste in den administrativ-territorialen Einheiten zu gewährleisten, die Organisation der unterbrechungsfreien Heizungsversorgung der sozialen Objekte und des Wohnraums unter persönliche Kontrolle zu nehmen, es wurde empfohlen, in Zukunft die Aufmerksamkeit auf die Qualität der Vorbereitung des Wohnraums auf die Herbst- und Winterzeit zu richten“, sagte Sergej Naumez.

de.sputniknews.com: Russlands Olympia-Teilnahme 2018 in ernsthafter Gefahr

Die zuständige IOC-Kommission mit Denis Oswald an der Spitze hat die russischen Skilangläufer Alexander Legkow und Jewgeni Below wegen Dopings lebenslang für die Olympischen Spiele gesperrt. Darüber hinaus wurden ihre Ergebnisse bei den Spielen 2014 in Sotschi annulliert, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Freitag.

Legkow hatte damals das 50-Kilometer-Rennen gewonnen. Darüber hinaus verfügte die IOC-Kommission, dem russischen Team die Silbermedaillen für das Staffelrennen 4x10 Kilometer wegzunehmen, an der Legkow ebenfalls beteiligt war. Damit hat Russland zwei Olympia-Medaillen verloren. Dennoch bleibt Russland das Marathon-Gold, denn die Plätze zwei und drei nahmen ebenfalls Russen ein – Maxim Wylegschanin und Ilja Tschenoussow.

Fünf farbige, ineinander verschlungene Ringe sind das Symbol der Olympischen Spiele.

Pierre de Coubertin, der Erfinder der Olympischen Spiele der Neuzeit, stellte die Fahne mit den fünf Ringen 1913 seinen Kollegen im IOK vor.

Die Olympiasiegerin von 1988, Swetlana Nagejkina, nannte die Überprüfung der Urinproben vier Jahre nach den Spielen und die Suche nach Schäden an den Behältern „etwas Neues für

die olympische Bewegung“.

„Es ist sehr traurig, dass nur Russen von dieser Geschichte betroffen sind und dass die Proben der Sportler aus anderen Ländern niemanden interessieren“, so die Ex-Sportlerin. „Obwohl es auch in Norwegen oder den USA ebenfalls viele aufsehenerregende Dopingskandale gibt. Die Jungs tun mir leid. Denn Legkow hat, soweit ich verstehe, seine Karriere beendet, aber Below ist ein junger Sportler, und er hätte seine Ergebnisse noch verbessern können. Das Wichtigste ist jetzt, dass nicht alle unsere Skilangläufer von den Olympischen Spielen suspendiert werden.“

Nach Auffassung der Olympiasiegerin von Calgary 1988 müsste das Thema Verletzung der Anti-Doping-Gesetze in Russland dringend gelöst werden.

„Dieses Problem besteht tatsächlich. Mehr als das: Davon ist inzwischen auch der Kindersport betroffen. Die Trainer befinden sich in einer schwierigen Situation, denn ihre Gehälter hängen von den Ergebnissen ihrer Schützlinge ab. Deshalb entscheiden sich viele von ihnen für Experimente mit pharmakologischen Mitteln und geben sie ihren jungen Sportlern. Das Entlohnungssystem für die Trainer muss geändert werden!“

Die Anwälte der russischen Sportler haben bereits Einspruch beim Internationalen Sportgerichtshof (CAS) eingelegt. Im September hatte er Alexander Legkow erlaubt, ab 1. November wieder an Wettbewerben teilzunehmen. In dem entsprechenden Beschluss gab es jedoch die Anmerkung, dass der Sportler kein einziges Argument anführen konnte, um sich zu rechtfertigen.

Weiter stand in dem Dokument geschrieben: „In den Berichten (Richard) McLarens gibt es genügend Beweise, dass es eine Bank mit sauberen Urinproben der russischen Olympioniken gegeben hatte, unter anderem mit der Urinprobe Legkows.“ Der Gerichtshof ignorierte auch die Beteuerungen seiner Anwälte, er hätte nicht zu den Sportlern gehört, die den Doping-Cocktail „Duchess“ genommen hatten. Nach Auffassung der Richter könnte Legkow es zwischen den negativen Dopingtests am 13. und 26. Februar in Sotschi oder unmittelbar vor dem Marathonlauf am 23. Februar 2014 genommen haben, wonach seine Probe ersetzt wurde. Aktuell befasst sich Oswalds Kommission mit der Überprüfung der Dopingtests von weiteren 26 russischen Teilnehmern von Sotschi 2014. Wenn man bedenkt, dass für den Beweis der Schuld der beiden Skiläufer die von WADA-Kommissionschef Richard McLaren und dem früheren Chef des Moskauer Anti-Doping-Labors, Grigori Rodtschenkow, bereitgestellten Informationen ausreichend waren, kann man nichts ausschließen, sogar die Disqualifikation des gesamten russischen Teams.

„Gewisse Chancen auf den Erfolg der Einsprüche gegen die Sperre bestehen tatsächlich, aber Vieles hängt von der Position des Gerichts ab“, sagte der Vorsitzende des Interregionalen Schiedsgerichts Moskaus und des Gebiets Moskau, Oleg Suchow. „Die Argumente der Juristen der russischen Sportler (...) werden sich darauf stützen, dass der IOC-Beschluss den Rahmen des Berichts des Leiters der unabhängigen WADA-Kommission, Richard McLaren, verletzt und gegen den vorigen CAS-Beschluss verstößt. Außerdem verweisen die Verteidiger darauf, dass es keine ‚physischen‘ Beweise für die Verletzungen gibt. Und da hängt alles vom Richter ab – ob er dieser Deutung zustimmt oder nicht.“

Die Internationale Anti-Doping-Agentur (WADA) will ihre Meinung bzw. ihre Empfehlung an das IOC schon am 16. November veröffentlichen. Die endgültige Entscheidung, wie auch vor den Sommerspielen 2016 in Rio de Janeiro, ist dem IOC vorbehalten.

de.sputniknews.com: Kreml zu möglichem Putin-Trump-Treffen nächste Woche

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein US-Amtskollege Donald Trump können sich laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow beim Gipfel der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) in Vietnam treffen.

„Wir schließen die Möglichkeit eines solchen Treffens nicht aus“, sagte Peskow am Freitag. „Es wird derzeit tatsächlich vereinbart.“ Sobald alle Details abgestimmt sein würden, werde

der Kreml die Öffentlichkeit darüber informieren, sagte der Sprecher des russischen Präsidenten weiter.

Er betonte zugleich, dass die Wichtigkeit eines jeden Kontakts zwischen den beiden Präsidenten für die internationale Situation „kaum zu überschätzen“ sei.

Zuvor hatte Trump ein „wichtiges“ Treffen mit Putin angekündigt. „Das ist eine sehr wichtige Reise. Wir können uns mit Putin treffen ... Das ist sehr wichtig. Sie können uns mit Nordkorea und Syrien helfen. Wir haben auch über die Ukraine zu sprechen“, sagte Trump am Freitag gegenüber dem TV-Sender Fox News.

Der APEC-Gipfel soll vom 6. bis 11. November im vietnamesischen Đà Nẵng stattfinden. Zuletzt waren Putin und Trump im Juli im Rahmen des G20-Gipfels in Deutschland zusammengekommen

**Dan-news.info:** Die Makejewker Gießerei, deren Produkte von den meisten Industriebereichen bei der Weiterverarbeitung von Rohstoffen benötigt werden, hat heute ihre Arbeit in der DVR wieder aufgenommen. Das Unternehmen stand vier Jahre still.

An der feierlichen Zeremonie der Inbetriebnahme nahmen das Oberhaupt der DVR Aelxandr Sachartschenko und der Minister für Industrie und Handel Alexej Granowskij teil.

„Die Produkte des Unternehmens werden mehr in den Export gehen, aber es wird auch innerer Bedarf sein. Man kann sagen, dass die DVR auf den Füßen steht und solche Unternehmen mit jedem Tag mehr werden“, sagte das Republikoberhaupt im Gespräch mit Journalisten.

Wie ein Vertreter der Leitung der Fabrik sagte, beträgt die Produktionskapazität des Unternehmens bis zu 4000 Tonnen im Monat.

Die Makejewker Gießerei wurde 2013 stillgelegt. Im Zusammenhang damit waren nach der Entscheidung über die Wiederinbetriebnahme eine Reihe von Wiederaufbauarbeiten notwendig. Innerhalb von vier Monaten wurden sie abgeschlossen, 150 Personen wurden eingestellt. Heute ist dies das einzige Unternehmen auf dem Territorium der Republik, das auf die Produktion von gusseisernen Mahleinrichtungen spezialisiert ist, die in den meisten Produktionsbereichen bei der Weiterverarbeitung von Rohstoffen verwendet werden.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-11/thumbs/1509712773\\_img\\_1787-760x507.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-11/thumbs/1509712773_img_1787-760x507.jpg)

ukrinform.ua: Präsident: Armee hat mehr als 600 Einheiten der Raketenbewaffnung bekommen

Im laufenden Jahr haben die Streitkräfte der Ukraine mehr als 600 Einheiten der Raketenbewaffnung und mehr als 250 Nachtbeobachtungsgeräte erhalten, erklärte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko in seiner Rede bei den Feierlichkeiten anlässlich des Tages der Raketentruppen und Artillerie auf dem Polygon „Dewitschki“, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Insgesamt haben die Streitkräfte der Ukraine im laufenden Jahr mehr als 600 Einheiten der Raketenbewaffnung, mehr als 250 Nachtbeobachtungsgeräte und andere moderne Waffen erhalten. Ich möchte noch einmal betonen, dass in diesem Zeitraum der tragbare Raketen-Komplex „Korsar“, unbemannte Luftfahrzeuge „Furia“ und „Fly Eye“ in die Streitkräfte eingeführt oder zur Inbetriebnahme zugelassen wurden“, sagte Poroschenko.

Darüber hinaus habe die Ukraine im Rahmen der materiell-technischen Hilfe von den ausländischen Partnern mehr als 100 Nachtbeobachtungsgeräte, geschützte Laptops und andere Systeme bekommen, gab weiter der Präsident bekannt.

Er hob ferner hervor, dass die ukrainische Artillerie sich heute von jener im Jahr 2014 unterscheidet, sie sei mit Computern, Mitteln der Bekämpfung der feindlichen Artillerie, Radaren, sound-Systemen ausgestattet.

de.sputniknews.com: **Donbass: Poroschenko dringt auf jederzeitige Einsatzbereitschaft der Raketentruppen**

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat nach Angaben des TV-Senders „112 Ukraina“ die Raketentruppen und Artillerie des Landes aufgerufen, jeden Moment dazu bereit zu sein, an die Trennungslinie im Donbass zurückzukehren.

„Aktuell müssen wir die Fertigkeiten, ein schnelles Reagieren und eine schnelle Verlegung sowie die Entfaltung von Artillerie- und Raketensystemen perfektionieren. Obwohl Sie von der Trennungslinie abgezogen wurden, müssen Sie dazu bereit sein, zu jedem Zeitpunkt zum Einsatz zu kommen“, sagte Poroschenko am Freitag vor ukrainischen Armeeangehörigen im Gebiet Kiew.

Gemäß den Minsker Vereinbarungen hatten sich die Seiten auf den Abzug von schweren Waffen, darunter von Artilleriesystemen mit einem Kaliber von mehr als 100 Millimetern, verständigt, um eine 30 Kilometer lange Sicherheitszone entlang der Berührungslinie im Donbass zu errichten.

Am 3. November begeht die Ukraine den Tag der Raketentruppen und der Artillerie



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31815/22/318152295.jpg>

de.sputniknews.com: Mord an russischem Botschafter in Ankara: Ermittler finden neue Spur  
Um herauszufinden, wer den Befehl zum Mordanschlag auf den russischen Botschafter  
Andrej Karlow im Dezember 2016 gegeben hatte, müssen die Ermittler Zugang zum E-Mail-  
Fach des Mörders bekommen. Zumindest wissen sie jetzt, von wo aus das letzte Mal darauf  
zugegriffen wurde, berichtet die türkische Zeitung „Karar“.

Der letzte Zugriff auf das Postfach von Mevlüt Mert Altıntas, dem Mörder des russischen  
Botschafters Andrej Karlow, erfolgte nach Angaben der türkischen Staatsanwaltschaft von  
einem Studentenwohnheim im Norden Zyperns aus. Wie die Ermittler nach dem Anschlag auf  
den Botschafter feststellten, waren die Nachrichten auf dem Gmail-Konto gelöscht.

Die Strafverfolger nehmen an, dass ein Komplize des Mörders innerhalb der FETÖ die  
Nachrichten gelöscht hat. Mutmaßlich hatte er auch den Befehl zum Mord an dem Botschafter  
erteilt. Derzeit prüfen die Staatsanwaltschaft und die Terrorfahnder die Belegliste des  
Studentenwohnheims, schreibt das Blatt.

Zuvor hätten die türkischen Ermittler den US-Konzern Apple darum gebeten, beim Entsperren  
des Mobiltelefons des Mörders behilflich zu sein – der Konzern habe dies jedoch abgelehnt,  
so die Zeitung. Derzeit werde mit einer türkischen Firma verhandelt, die für das Entsperren  
des Smartphones 20.000 Dollar verlange – ohne Erfolgsgarantie, berichtet das Blatt.

Sollten die Ermittler tatsächlich Zugang zu dem Telefon erhalten, könnten die gelöschten E-  
Mails wiederhergestellt werden. Dann könnten auch die Drahtzieher des Mordanschlags auf  
den russischen Botschafter Andrej Karlow ermittelt werden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31815/38/318153855.jpg>

de.sputniknews.com: Ukrainischer Antonov-Konzern bestätigt Gespräche mit russischer Fluglinie

Der ukrainische Flugzeugbauer Antonov hat bestätigt, mit dem russischen Luftfahrtunternehmen Volga-Dnepr über eine mögliche Verlängerung der Flugtauglichkeit der Flugzeuge An-124-100 Ruslan zu verhandeln.

Weil dieses russische Luftfahrtunternehmen nicht auf der Sanktionsliste der ukrainischen Regierung stehe, „werden Antonov-Spezialisten auf Vertragsbasis den technischen Zustand eines Flugzeugs An-124-100 von Volga-Dnepr beurteilen“, erklärte das Kiewer Unternehmen auf Facebook.

Der russische Flugzeugbau-Konzern UAC/OAK hält sich mit Kommentaren zurück. Der Abgeordnete Vitali Jefimow vom Verkehrsausschuss der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus) teilte seinerseits mit, dass die russische Seite die Zulassung der An-124-100 verlängern wolle. Im Gegenzug könnte Russland die Zulassung seiner Maschinen Iljuschin IL-76 in der Ukraine verlängern.

Antonov hat 2016 auf Anordnung der Regierung in Kiew jede Zusammenarbeit mit Volga-Dnepr abgebrochen. Im Juli dieses Jahres ordnete die ukrainische Regierung die Auflösung des Antonov-Konzerns an. Seine Produktionsstätten sollen vom staatlichen Rüstungskonzern Ukroboronprom übernommen werden.

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

**In der letzten Woche** haben die ukrainischen Truppen **46 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen, mit Mörsern des Kalibers 82mm und 120mm, Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 512 Geschosse abgeschossen. Im Vergleich zur letzten Woche hat die Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte um 17 abgenommen, aber bezüglich der abgeschossenen Geschosse hat sich die Intensität praktisch nicht geändert.

**Im Verlauf der Woche** wurden die Gebiete von **Kalinowka, Logwinowo, Wesjologorowka, Losowoje, Kalinowo, Kalinowo-Borschtschewatoje, Perwomajsk, Prischib, Krutaja**

**Gora, Sokolniki, Snamenka, Dolgoje, Rajewka, Choroscheje, Frunse, Slawjanoserbsk und Shelobok** beschossen.

Die Befehl zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Grusewitsch, der Kommandeur der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte Oberst Subanitsch, der Kommandeur der 58. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Oberstleutnant Michail Drapatyj. In der letzten Woche hat die OSZE-Mission das Fehlen von Technik und Waffen der ukrainischen Streitkräfte in den Lagerorten registriert: neun Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“, sechs 122mm-Haubitzen D-20 „Ljaguschka“, 19 120mm-Mörser „Molot“, 7 120mm-Mörser 2B11 „Sani“, eine 152mm-Haubitze 2A65.

Nach Angaben unserer Aufklärung wurde bekannt, dass einzelne Kommandeure von Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte, die aus der Zone der gegen das Volk gerichteten Operation im Rahmen der Rotation abgezogen werden, **Geschäfte betreiben**.

Eines der populärsten Geschäftsbereiche ist die **Verkauf von Karten von Minenfeldern, von installierten Signalminen und Minenfallen** durch die Kommandeure der Einheiten, vor allem in der Kette Zug-Kompanie, der rotierenden 14. und 53. mechanisierten Brigaden der ukrainischen Streitkräfte.

Ebenfalls zum Verkauf stehen **technisch ausgerüstete Positionen** dieser Einheiten. Im Fall einer Verweigerung der Zahlungen werden die Positionen dem Erdboden gleich gemacht und die Karten werden durch gefälschte ersetzt, wo die Angaben zu den Minenfeldern nicht der wahren Lage der Dinge entspricht.

Der Volksmiliz der LVR ist zuverlässig ein vor kurzem erfolgter Versuch des Kommandos des 2. mechanisierten Bataillons der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte bekannt, ihre Positionen im Bereich von Gejewka an eine wieder eintreffende Einheit zu verkaufen.

de.sputniknews.com: **IWF nennt Modalitäten für weitere Tranche an Kiew**

Kiew soll laut dem Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF) in der Ukraine, Jost Ljungman, für eine weitere, vierte Revision des Programms für Zusammenarbeit mit dem Fonds eine Reihe von Gesetzen verabschieden.

Ihm zufolge handelt es sich hierbei um Gesetze über Privatisierung und Bildung eines Antikorruptionsgerichtes sowie um die Korrektur der Gaspreise und eine erfolgreiche Durchführung der Rentenreform. Nun analysiere der IWF die von der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) in diesem Bereich verabschiedeten Novellen, so der IWF-Vertreter. Zudem sei Kiews Kampf gegen die Korruption, die das Land jährlich zwei Prozent des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes (BIP) koste, nicht effektiv genug.

„Im Rahmen des IWF-Programms haben wir Kiew bereits 12,5 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt (4,6 Milliarden US-Dollar hat Kiew im Rahmen des früheren Zwei-Jahres-Programms stand-by und weitere acht Milliarden US-Dollar im Rahmen des aktuellen Vier-Jahres- Programms erhalten – Anm. d. R.), sagte Ljungman am Freitag laut der Agentur „Ukrainskije Novosti“ beim ukrainischen Investitionsforum in Kiew.

Somit habe Kiew das Programm zu drei Dritteln erfüllt.

Wie der Vizechef der ukrainischen Zentralbank, Dmitri Sologub, mitteilte, rechnet die Ukraine im Rahmen des Programms für Zusammenarbeit mit dem IWF mit weiteren acht Milliarden US-Dollar.

Das auf vier Jahre befristete Programm der finanziellen Hilfe für die Ukraine sieht die Gewährung von 17,5 Milliarden US-Dollar vor. Im Jahr 2017 hatte Kiew nur eine Tranche von einer Milliarde US-Dollar erhalten, und zwar im April

[ukrinform.ua](http://ukrinform.ua): **IWF stellt der Ukraine Bedingungen für nächste Tranche**

Um vom Internationalen Währungsfonds (IWF) die nächste Tranche zu bekommen, müsse die

Ukraine das Gesetz über die Privatisierung verabschieden und die qualitative Umsetzung der zuvor angenommenen Rentenreform zeigen, erklärte der IWF-Vertreter in der Ukraine Goesta Ljungman, berichtet Ukrinform unter Bezugnahme auf Reuters.

„Wir bewerten jetzt den Reformprozess“, sagte Ljungman.

Die Umsetzung der Rentenreform, die Verabschiedung des Gesetzes über die Privatisierung und die zuvor abgestimmte interne Korrektur der Gaspreise seien jene Aufgaben, die die Ukraine erfüllen müsse, sagte er.

Dan-news.info: „In der letzten Woche sind beim Apparat der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR zwei Erklärungen über Festnahmen eingegangen“, teilte der Pressedienst des Apparats mit.

Eine Frau, geb. 1988, verschwand am 19. Oktober 2017 nach Passieren des Checkpoints „Jelenowka“ auf dem Weg nach Mariupol. Außerdem wurde ein Mann, geb. 1976, festgenommen. Er ist inzwischen bereits verurteilt und befindet sich im Gefängnis Nr. 4 in Dnjepropetrowsk.

Wir merken an, dass gemäß operativen Informationen am 3. November von der ukrainischen Seite 464 Menschen festgehalten werden: 252 Menschen, deren Aufenthalt auf ukrainischem Territorium bestätigt ist; 209 Menschen, über die Informationen fehlen oder gerade von der ukrainischen Seite festgestellt werden sowie drei Menschen, über die zum ersten Mal Anfragen an die ukrainische Seite gestellt wurden. Außerdem sind nach aktuellen Angaben 514 Menschen vermisst.

de.sputniknews.com: Russland steigt aus Abkommen mit Ukraine im Medienbereich aus  
Russland hat am 21. Oktober das Abkommen mit der Ukraine über Zusammenarbeit im Fernsehen- und Rundfunkbereich gekündigt. Die entsprechende Mitteilung des russischen Außenministeriums wurde am Freitag auf dem Portal für rechtliche Informationen veröffentlicht.

Das Regierungsabkommen war am 23. Oktober 2000 unterzeichnet worden.

In letzter Zeit hatte Kiew die Arbeit russischer Medien auf seinem Territorium behindert. So hatte Kiew im März 2015 die Akkreditierung von 115 russischen Medien unterbrochen. Mehrmals waren russische Journalisten festgenommen und aus der Ukraine ausgewiesen worden.

## **Abends:**

de.sputniknews.com: Ukrainischer Nationalbank-Vize: Verzicht auf IWF-Geld unmöglich  
Die Ukraine ist im Hinblick auf die in den Jahren 2019 und 2020 fälligen Zahlungen zur Tilgung ihrer Schuldverpflichtungen an einer weiteren Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) interessiert. Darüber sprach der Vizechef der Nationalbank der Ukraine, Dmitri Sologub, am Freitag beim Ukrainischen Investitionsforum. Er freute sich darüber, dass die Ukraine auf die internationalen Märkte zurückgekehrt sei, weil die Refinanzierungsprognose dadurch gemildert worden sei, so Sologub. Er räumte zugleich ein, dass das Refinanzierungsprofil, besonders für die Jahre 2019 und 2020, immer komplizierter werde. Offizielle Finanzierungsströme vom IWF und von anderen Kredit Spendern könnten dabei helfen, so der Banker.

Die Zusammenarbeit mit dem IWF eröffne der Ukraine die Möglichkeit, mit anderen internationalen Organisationen zu kooperieren; dies sei ein positives Signal für ehrliche

Investoren und nehme Einfluss auf das Wirtschaftsrating des Landes, so Sologub. Er betonte auch, dass die Zusammenarbeit mit dem IWF es der Ukraine ermögliche, wichtige Reformen durchzuführen. „Im Hinblick auf diese Argumente möchte ich sagen, dass es für uns verfrüht wäre, uns vom IWF abzuwenden“, resümierte der Vizechef der ukrainischen Nationalbank.

Dan-news.info: Erklärung der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa über die Festnahme von Ju. W. Prosolowa

Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine nehmen weiter Einwohner des Donbass bei Überschreitung der Abgrenzungslinie fest.

Am 1. November hat mich eine Mitteilung einer Einwohnerin von Donezk erreicht, dass ihre Tochter Julija Wadimowna Prosolowaja von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine festgenommen wurde. Die junge Frau verschwand am 19. Oktober nach dem Passieren des Checkpoints „Jelenowka“ auf dem Weg nach Mariupol zu ihrem Freund.

Nachdem die Eltern von Ju. W. Prosolowa eine Nachrichtensendung über die Festnahme ihrer Tochter in Odessa unter dem Verdacht eines Sprengstoffanschlags auf den Oberst des Sicherheitsdienstes der Ukraine A. I. Charaberjusch gesehen hatten, fuhren sie nach Mariupol, wo sie bei den Rechtsschutzorganen und dem Sicherheitsdienst der Ukraine eine Vermisstenanzeige bezüglich der Tochter aufgaben. Bis heute sind keine offiziellen Antworten eingetroffen.

Aber den Verwandten der jungen Frau wurde bekannt, dass bereits eine Gerichtssitzung in Mariupol angesetzt wurde, auf der die Wahl der Haftform erörtert werden wird.

Der Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine Wassilij Grizak hatte auf einer Pressekonferenz berichtet, dass Julija in Odessa festgenommen wurde, sie wird beschuldigt, einen Sprengstoffanschlag auf das Fahrzeug eines Mitarbeiters eines der ukrainischen Spezialdienste verübt zu haben. Der Leiter der Behörde hat auch ein Video vorgestellt, auf dem die junge Frau angeblich das Verbrechen zugibt.

Ich merke an, dass die Daten über die junge Frau, die von Grizak veröffentlicht wurden, nicht der Wirklichkeit entsprechen. Ju. W. Prosolowa hat keinerlei Beziehungen zu den militärischen Einrichtungen der DVR, ich füge hinzu, dass auch die festgestellten Angaben nicht übereinstimmen, namentlich der Vatersname und die Adresse. Mehr noch, Julija verschwand nicht in Odessa, sie verschwand in Mariupol. Und ihre Schuld ist wahrscheinlich nur das Vorhandensein einer Anmeldebescheinigung aus Donezk. Ich meine, dass ungesetzliche Festnahmen, die von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine praktiziert werden, nicht hinnehmbar sind, besonders in Bezug auf junge Frauen. Mitarbeiter internationaler Organisationen haben mehrfach in ihren Berichten die Anwendung von ungesetzlichen Methoden der Ermittlung gegenüber friedlichen Einwohnern des Donbass in ihren Berichten festgehalten. Nach raffinierter Folter und Drohungen übernehmen Menschen die Schuld für Dinge, die sie nicht getan haben. So schließt die Mutter der ungesetzlich festgehaltenen jungen Frau nicht aus, dass sich Julija unter Einwirkung von Drogen befinden könnte.

Ich meinerseits habe offizielle Anfragen an internationale Organisationen geschrieben, wie UN-Organen zu Menschenrechten, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die OSZE, ebenfalls wurde ein Brief an die Bevollmächtigte der Obersten Rada der Ukraine für Menschenrechte Walerija Lutkowskaja geschrieben mit der Bitte, unverzüglich die entstandene Situation zu untersuchen, die Ursachen der Festnahme aufzuklären, den Aufenthaltsort festzustellen und den Zugang eines Arztes zu Ju. W. Prosolowa sicherzustellen.

de.sputniknews.com: Kanada sanktioniert 30 Russen wegen „Fall Magnitski“  
Kanada hat nach Angaben seines Außenministeriums am Freitag Sanktionen gegen 52

Personen verhängt. Darunter sind auch 30 russische Bürger. Unter den auf die Sanktionsliste gesetzten Russen ist der Chef des russischen Ermittlungskomitees, Alexander Bastrykin, der ehemalige Chef des Ermittlungskomitees beim russischen Innenministerium Alexej Anitschin sowie der Richter Sergej Podoprigrorow, der 2008 geurteilt hatte, Sergej Magnitski zu verhaften. Gemäß den getroffenen Maßnahmen werden alle kanadischen Konten der sanktionierten Personen eingefroren. Die Sanktionen sind mit dem am 19. Oktober in Kanada verabschiedeten „Magnitski-Gesetz“ verbunden, das wohl an den amerikanischen „Magnitsky Act“ angelehnt ist. Zuvor hatte Russlands Außenministerium erklärt, dass die Billigung eines Gesetzes in der Art des „Magnitski-Gesetzes“ durch das kanadische Parlament den Beziehungen zu Russland schaden und auf entsprechende Gegenmaßnahmen stoßen werde. Der „Magnitsky Act“ wurde von den USA Ende 2012 mit dem Ziel angenommen, russische Amtsträger zu bestrafen, die aus Sicht der US-Behörden den Tod des Wirtschaftsprüfers des Fonds Hermitage Capital, Sergej Magnitski, in einem Moskauer Gefängnis und damit die Verletzung der Menschenrechte verschuldet haben sollen. Die Liste mit den Namen dieser Amtsträger wird auch als „Magnitski-Liste“ bezeichnet.

**Dnr-news.com: Der US-Sondergesandte meint, dass die ukrainische Armee“ in einem guten Zustand“ sei**

Der Sonderbeauftragte des US-Außenministeriums für die Ukraine, Kurt Volker, erklärte, dass die Armee der Ukraine „in guter Verfassung“ sei und seit dem Jahr 2014 wiederhergestellt werden konnte.

Auf die Frage von Journalisten, ob die USA eine Entscheidung zur Lieferung von Waffen in die Ukraine getroffen habe, sagte Volker, dass er „nichts Neues dazu“ wisse.

Gleichzeitig sagte er, dass „jedes Land das Recht auf Selbstverteidigung“ habe.

„Die Ukraine ist mit einem Konflikt auf ihrem eigenen Territorium konfrontiert“, sagte der hochrangige amerikanische Diplomat...

Gleichzeitig betonte er die Notwendigkeit, sich auf die Initiative zur Entsendung von UN-Friedenstruppen in den Donbass zu konzentrieren.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-11/thumbs/1509736259\\_1508181867.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-11/thumbs/1509736259_1508181867.jpg)

